

BLAUER AUFBRUCH

Alternative
für
Deutschland

AfD-FRAKTION
IM LANDTAG SACHSEN-ANHALT

DIE FRAKTIONSZEITUNG FÜR SACHSEN-ANHALT

9. Ausgabe | 2019

„Zuwanderung bis zum Volkstod“ – CDU-Fraktion boykottiert AfD-Abwahlen gegen den grünen Ideologen Sebastian Striegel **Seite 3**

Untersuchungsausschuss Linksextremismus: „Wir werden uns vor dem Landesverfassungsgericht Gehör verschaffen!“ **Seite 12**

Brüchau: AfD-Fraktion beauftragte Prüflabor **Seite 14**

Stahlknecht MUSS zurücktreten!



Foto: Stahlknecht - knipsdesign/Shutterstock.com

Der umstrittene Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) hat eine große Mitschuld auf sich geladen. Als ein Attentäter während des jüdischen Feiertages Jom Kippur die Synagoge der Jüdischen Gemeinde in Halle attackierte, fand er diese von der Polizei unbewacht vor – und das, obwohl Vertreter der Jüdischen Gemeinde bei den Behörden mehrfach um verstärkten Schutz gebeten hatten.

Nun versteckt sich der Innenminister hinter vorgeblichen Gefahreinschätzungen des Bundes- und Landeskriminalamtes. Doch letztlich trägt er die Verantwortung für die während des Attentates unbewachte Synagoge. Fakt ist: Wenn Stahlknecht – wie andere Innenminister – nach dem Anschlag in Berlin die Lage richtig eingeschätzt hätte, wären die deutschen Opfer des Anschlags, Kevin S. und Jana L., nun womöglich noch am Leben.

Warum die AfD den Rücktritt Stahlknechts fordert:

1. Schutzkonzept für Hallenser Synagoge: Nur eine einzige Streifenwagen-Patrouille pro Schicht – **Fazit: versagt!**
2. Polizeischutz heruntergestuft: Stahlknechts fatale Fehleinschätzung der Gefährdungslage – **Fazit: versagt!**
3. Stahlknecht weist bei Gefährdungsbeurteilung auf das BKA: Das BKA war aber gar nicht beteiligt – **Fazit: versagt!**
4. Stahlknecht sagte, es habe keine Anzeichen gegeben: In Wahrheit hat sich die Anzahl antisemitischer Straftaten drastisch erhöht – **Fazit: versagt!**
5. Schusswechsel vor dem Döner-Imbiss: Die Polizei verfügte nicht über nötige Ausrüstung, um den Täter zu stoppen – **Fazit: versagt!**
6. Chaotischer Polizeieinsatz: Polizisten standen stundenlang ohne Anweisungen auf dem Riebeckplatz wie auf dem Präsentierteller – **Fazit: versagt!**
7. Internetstreife: Polizisten durchsuchen auf Anweisung Facebook nach Beleidigungen, anstatt für Sicherheit auf der Straße zu sorgen – **Fazit: versagt!**
8. Die Jüdische Gemeinde forderte mehrmals Polizeischutz: Stahlknecht lehnte ab – **Fazit: versagt!**

Dazu sagen der AfD-Fraktionsvorsitzende Oliver Kirchner und der Parlamentarische Geschäftsführer Robert Farle: „Um von seiner Schuld abzulenken, bezeichnet der Innenminister nun die AfD und damit die größte Oppositionspartei im Land als geistigen Brandstifter und macht sich damit selbst zum geistigen Brandstifter. Herr Stahlknecht hat – wie schon zuvor beim Kaputtsparen des Polizeiapparates und der ausbleibenden Abschiebung oftmals antisemitisch und deutschfeindlich eingestellter illegaler Zuwanderer – im Vorfeld des Attentats in Halle sträflich versagt. Herr Innenminister, wenn Sie einen Funken Anstand im Leibe haben, dann ziehen Sie endlich die Konsequenzen und treten Sie zurück!“

Fortsetzung auf Seite 2



Oliver Kirchner, Vorsitzender sowie Sprecher für Arbeit, Soziales und Integration der AfD-Fraktion
Foto: AfD-Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,
werte Leser,

seit Sie die letzte Ausgabe unseres „Blauen Aufbruchs“ in den Händen hielten, ist viel geschehen. In den mitteldeutschen Bundesländern hat sich das politische und parlamentarische Gefüge weiter deutlich verändert. In Sachsen, Brandenburg und Thüringen wurden neue Landtage gewählt, die Alternative für Deutschland konnte sich in allen drei Ländern deutlich stabilisieren und viele neue Mandate hinzugewinnen.

Nach Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2016 ist unsere AfD nun auch in den beiden Freistaaten sowie in Brandenburg zweitstärkste Kraft. Durch diese fulminanten Wahlergebnisse der letzten Jahre wandelte sich Mitteldeutschland zum „blauen Leuchtturm“ mit enormer Strahlkraft für die gesamte Bundesrepublik. Und das trotz ununterbrochenem polit-medialen Dauerfeuer und teils nur noch schwer zu ertragener Hetze gegen unsere Partei, unsere Mandatsträger und somit auch gegen die vielen, vielen Wähler, die ihr politisches Schicksal vertrauensvoll in unsere Hände legten. Wie bereits in Sachsen-Anhalt, ist auch in Sachsen, Brandenburg und Thüringen nicht davon auszugehen, dass der Wille des Wählers durch die etablierten Parteien entsprechend gewürdigt wird. Auch in diesen Ländern wird es nun Bündnisse des kleinsten gemeinsamen Nenners geben.

Bündnisse, die auf Dauer nicht tragfähig sein können und unser Land noch weiter in Schiefelage bringen werden. Als bürgerlich-konservative Kraft werden wir in harte, konstruktive Opposition gehen bzw. bleiben und weiter dafür kämpfen, dass wir uns unser Land zurückholen.

Wie wichtig das parlamentarische Korrektiv durch unsere AfD ist, zeigt sich in Sachsen-Anhalt immer wieder aufs Neue. Nicht zuletzt der feige und verachtenswerte Terrorakt vom 9. Oktober führte uns vor Augen, dass wir von Politikern regiert werden, die ihren Aufgaben oftmals nicht gewachsen sind. Wir als AfD-Fraktion haben mehrfach aufgezeigt, dass der sachsen-anhaltische Innenminister und heiß gehandelte CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2021, Holger Stahlknecht, rund um die schreckliche Tat von Halle auf ganzer Linie versagte. Und nicht nur hier. Die politische Verantwortung aber übernimmt er für all das nicht und so bleibt der notwendige Rücktritt aus. Wir bleiben dennoch am Ball und werden die Probleme im Land weiter klar benennen und dafür Sorge tragen, dass politisches Scheitern zukünftig Konsequenzen haben wird.

Was unsere Fraktion in den letzten Wochen noch für Sie und all die vielen anderen Bürger unseres schönen Landes Sachsen-Anhalt angepackt hat, entnehmen Sie bitte der vorliegenden Lektüre. Dabei wünsche ich Ihnen viel Vergnügen und bereits jetzt eine angenehme Advents- und Weihnachtszeit.

Oliver Kirchner

Ihr Oliver Kirchner, Fraktionsvorsitzender

AFD-FRAKTION
IM LANDTAG SACHSEN-ANHALT

Ermittlungen des Verfassungsschutzes **widersprechen** einem rechtsextremen Tatmotiv (Quelle: WDR-Bericht „Psychologisches Gutachten für Stephan B.“ vom 22.10.2019):

Der Halle-Attentäter

- hatte **keinerlei** Kontakte in die rechtsextreme Szene,
- zeigte **keine** Aktivitäten im NPD-Umfeld,
- und war den V-Leuten des Verfassungsschutzes **unbekannt**.

Fortsetzung von Seite 1

Ablenkungsmanöver:

Holger Stahlknecht sucht die Schuld beim BKA, beim LKA und bei der AfD – nur nicht bei sich selbst.

Warmlaufen für

Ministerpräsidentenamt:

Verantwortung zu übernehmen und zurückzutreten passt nicht in den Karriereplan des Niedersachsen.

Rückendeckung von SPD und Grünen:

Unter Stahlknecht soll die Kenia-Koalition 2021 fortgeführt werden. Ohne Stahlknecht wackelt das Bündnis.

Steckbrief Stephan B. – eine gescheiterte Existenz

Sozial isoliert: Keine Freunde, keine Freundin, keine stabilen Familienbande – Stephan B. fehlte jedes soziale Korrektiv.

Keine Perspektive: Keine Arbeit und abgebrochenes Chemie-Studium – dafür Langeweile.

Antisemit: Aber kein Neonazi – so die Selbstbeschreibung des Mörders bei der Vernehmung.

Keine Verbindung zur AfD:

Umfangreiche Ermittlungen brachten nicht die geringste Verbindung zwischen Stephan B. und der AfD zutage.

Virtuelle Parallelwelt: Seine Zeit verbrachte der Täter größtenteils in anonymen, englischsprachigen Online-Foren, in denen sich die Gesellschaftsverlierer aus aller Welt treffen und deren gemeinsames Band der Hass auf die Gesellschaft ist.

Selbstbestätigung als Tatmotiv?

Welche Rolle spielten Geltungssucht und der Wunsch nach Anerkennung in seiner Online-Community?

„Zuwanderung bis zum Volkstod“ – CDU-Fraktion boykottiert AfD-Abwahantrag gegen den grünen Ideologen Sebastian Striegel



Foto: Shutterstock.com



Foto: AfD-Fraktion

Vertrautes Gespräch zwischen Sebastian Striegel und Innenminister Stahlknecht – Diskussion über Volkstod?

„Zuwanderung bis zum Volkstod!“ Mit diesen Worten befürwortete Sebastian Striegel (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt und Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK), auf dem Kurznachrichtendienst „Twitter“ am 18. März 2015 die Grenzöffnung und Massmigration nach Deutschland. „Die Aussage von Herrn Striegel steht der freiheit-

lich-demokratischen Grundordnung entgegen und verdeutlicht seine Ablehnung gegenüber der einheimischen Bevölkerung. Mehr noch zeigt sie aber, dass es Abgeordnete bei den Grünen gibt, die das Schutzbedürfnis unserer Werte und die Innere Sicherheit leichtfertig für eine eigene Ideologie opfern würden.

Herr Striegel war mit solch einer Auffassung zu keinem Zeitpunkt für die Parlamentarische Kontrollkommission tragbar“, kommentierte Oliver Kirchner, Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. Die PKK ist ein wichtiges Gremium des Parlaments, welches mit der Kontrolle der Landesregierung auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes betraut ist.

Um dieser Bedeutung Rechnung zu tragen, brachte die AfD-Fraktion am 27. September 2019 einen Abwahantrag gegen Striegel ins Plenum ein. Bei der Abstimmung selbst zeigte sich das mutlose Gesicht der Altparteien. Die Koalitionspartner der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie die oppositionelle Fraktion der Linken nahmen an der Abstimmung nicht teil. Der Abwahantrag verfehlte somit die nötige Mehrheit und Striegel wurde als Mitglied der PKK bestätigt. „Nirgendwo anders wäre es möglich, als Politiker so viel Hass gegenüber der einheimischen Bevölkerung zu zeigen und dafür auch noch als

Abgeordneter im Parlament mit großzügigen Diäten bedacht zu werden.

Doch dank CDU und SPD lenken deutschfeindliche Ideologen wie Sebastian Striegel sogar aktiv die Geschicke dieses Landes und bestimmen die Zukunft unserer Heimat“, erklärte Kirchner.

Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider erklärt:

„Das deutsche Volk ist ein Leitbegriff des Grundgesetzes, der zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehört. Dort ist das Volk der Bundesrepublik Deutschland, dessen Bestand es zu schützen gilt, definiert.“

AUSLÄNDERKRIMINALITÄT: Haftstrafen in Heimatländern verbüßen!

Die AfD-Fraktion hat am 20. Juni 2019 zwei Anträge ins Plenum gebracht, in denen es zum einen um die Inhaftierung von abzuschickenden Personen und zum anderen um die Verbüßung von Haftstrafen durch ausländische Straftäter in deren Heimatländern ging.

„Wir müssen es abgelehnten Asylbewerbern erschweren, sich der Abschiebung zu entziehen“, sagt Hagen Kohl, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. „Wir fordern, dass die Landesregierung die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen dafür schafft, dass eine Unterbringung von ausreisepflichtigen Sicherungshäftlingen in den Justizvollzugsanstalten des Landes möglich wird.“

Der Europäische Gerichtshof hat bereits im Jahr 2014 geurteilt, dass die Abschiebungshaft zwar als Sicherungshaft zur Vollziehung der Abschiebung in gesonderten Haftanstalten vorzunehmen ist; falls solche – wie in Sachsen-Anhalt – nicht vorhanden sind, erfolgt die Haft räumlich getrennt von Strafgefangenen in gewöhnlichen Gefängnissen. Durch Einrichtung entsprechender Haftplätze könnten Abschiebungen weitaus effektiver durchgeführt werden.

„Das allein reicht aber nicht aus“, erklärt der rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Mario Lehmann, und kommt auf den zweiten Antrag zu sprechen. „Wir wollen, dass ausländische Häftlinge zum Strafvollzug an ihre Heimatländer überstellt werden können, sobald sie die Hälfte der Strafe in Deutschland abgesessen haben.“

Die offiziellen Statistiken sprechen für das Ansinnen der AfD-Fraktion: Am 31. März 2015 befanden sich in den Justizvollzugsanstalten des Landes unter den 1.747 Gefangenen 152



Foto: Shutterstock.com

ausländische Häftlinge, was einem Ausländeranteil in Höhe von 8,7 Prozent entspricht. Am 1. Januar 2019 waren es bereits 230 – ihr Anteil hat sich also innerhalb weniger Jahre auf über 14 Prozent erhöht.

„Es ist zu befürchten, dass der Ausländeranteil in den Gefängnissen des Landes weiter steigt“, so Lehmann weiter. „Der bundesweite Durchschnitt liegt bereits jetzt bei etwa 40 Prozent. Indem wir die Strafvollstreckung in den Heimatländern ermöglichen, entlasten wir unser eigenes Land erheblich.“

Beide Anträge wurden zur weiteren Beratung in den Rechtsausschuss überwiesen.

Foto: Shutterstock.com



Foto: AfD-Fraktion

Mario Lehmann,
3. stellv. Vorsitzender
sowie Sprecher für
Recht und Verfassung
der AfD-Fraktion

Hagen Kohl,
Abgeordneter sowie
Sprecher für Inneres
der AfD-Fraktion



2018
895 Messerattacken
**30 Todesopfer in
Sachsen-Anhalt!**

AfD deckt auf: Linksextremistische Umtriebe bei Fridays for Future

Seit Anfang des Jahres finden auch hierzulande wöchentliche Demonstrationen der sog. Fridays-for-Future-Bewegung (FfF) statt. Regelmäßig schwänzen Hunderte Schüler den Unterricht, um gegen die vermeintlichen Ursachen des Klimawandels zu protestieren. Eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Jan Wenzel Schmidt hat nun aufgedeckt, dass sich Straftäter und Linksextremisten unter die Demonstranten mischen.

„Als AfD-Fraktion warnen wir bereits seit langem vor der Unterwanderung der FfF-Bewegung durch linksextreme Kräfte“, erklärt Schmidt. „Mit unserer Anfrage liegen klare Beweise für diese Vermutung vor.“ Nach Angaben der Regierung marschierten bereits im Februar bekannte Linksextremisten auf einer Magdeburger FfF-Demo mit. Bei verschiedenen Gelegenheiten musste sogar die Polizei einschreiten und Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung, Sachbeschädigung oder gefährlicher Körperverletzung einleiten.

„Die Verantwortlichen sind nun gefordert, sich deutlich von diesen Umtrieben zu distanzieren“, sagt Schmidt. Auch wenn die AfD-Fraktion viele Standpunkte der Demonstranten nicht teile, freue es ihn als jugendpolitischen Sprecher doch grundsätzlich, wenn sich junge Leute für höhere Ziele einsetzen.

Dass es mit dem Idealismus allerdings nicht weit her sein kann, zeigt die von ihm erfragte Entwicklung der Teilnehmerzahlen, die in den Sommerferien deutlich (in einem Falle auf fünf!) Teilnehmer einsackte. „Anscheinend“, so Schmidt, „endet der klimapolitische Idealismus vieler Schüler dann, wenn die Demonstrationen keinen Anlass mehr zum organisierten Schulschwänzen bieten.“



Foto: Shutterstock.com



Foto: AfD-Fraktion

Dr. Hans-Thomas Tillschneider,
Abgeordneter sowie Sprecher für Bildung, Kultur und Wissenschaft der
AfD-Fraktion

Gewaltbereite Schüler in ihre Schranken weisen!

Eine Grundschule mitten in Sachsen-Anhalt: Seit Monaten drangsalieren zwei Brüder aus einer Asylbewerberfamilie Mitschüler und Erwachsene. Betreuer tragen blaue Flecken am Oberkörper davon. Weder Ordnungsmaßnahmen noch Gespräche mit den Eltern können eine Besserung herbeiführen.

Situationen wie diese sind kein Einzelfall. Allein 2016 gab es 534 Fälle von Körperverletzung an Schulen, wobei die Landesregierung von einer hohen Dunkelziffer ausgeht. „Lehrer sind oft machtlos“, erklärt Dr. Hans-Thomas Tillschneider, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, „weil es den vorgesehenen Maßnahmen an Strenge mangelt.“

Um ein rascheres Durchgreifen zu ermöglichen, hat die Fraktion im August einen umfassenden Antrag (siehe LT-Drs. 7/4747) gestellt, der darauf abzielt, Erziehungsmittel und Ordnungsmaßnahmen gegen gewaltbereite Schüler zu verschärfen. Tillschneider betont, dass es der AfD dabei nicht um harmlose Schulhofrangeleien gehe, sondern um ernstzunehmende Formen echter Gewalt.

„Wer Mitschüler oder Lehrer angreift, hat keinen Termin beim Sozialarbeiter verdient, sondern muss für bis zu zwei Wochen von der Schule verwiesen werden, damit weitere Maßnahmen in die Wege geleitet werden können.“ Für besondere Härtefälle sieht die AfD eine Spezialanstalt vor, auf der Wiederholungstäter beschult und durch ein intensives Erziehungsprogramm auf den rechten Weg geführt werden.

Nach einer heftigen Debatte im Plenum konnte sich selbst die Kenia-Koalition dem Antrag nicht gänzlich verschließen. Er wurde zur weiteren Beratung in den Bildungsausschuss überwiesen.



Ulrich Siegmund,
1. stellv. Vorsitzender
sowie Sprecher für
Gesundheitspolitik
der AfD-Fraktion

Foto: AfD-Fraktion

Menschenleben retten: Medizinische Notfallversorgung durch Ersthelfer ergänzen

In ländlichen Regionen kann medizinische Hilfe im Notfall lange auf sich warten lassen. Die Hilfsfrist der Rettungsdienste wird durch große Entfernungen und Überlastungen nur in knapp 80 Prozent der Fälle eingehalten. „Dabei liegt eine flankierende Hilfe in greifbarer Nähe: Ersthelfer! Dies sind ehrenamtlich tätige Bürger mit einer entsprechenden Sanitätsausbildung, die sich in Vereinen wie der DLRG oder dem DRK organisiert haben. Sie können durch die wohnortbedingte Nähe oftmals innerhalb weniger Minuten zur Stelle sein“, argumentiert der gesundheitspolitische Sprecher Ulrich Siegmund. Daher beantragte die AfD-Fraktion auch für Sachsen-Anhalt die Rechtsgrundlagen zur freiwilligen Einbindung von Ersthelfergruppen in das Alarmsystem der Rettungsleitstellen zu schaffen. Die Landesregierung bestätigte dabei die bisher in Frage gestellte Möglichkeit, dieses Konzept in den jeweiligen Landkreisen umzusetzen. Die Landtagsfraktion der AfD wird nun auf die jeweiligen AfD-Fraktionen in den Kreistagen zugehen, um hier zeitnah und flächendeckend die helfenden Hände organisierter Ersthelfer dankend anzunehmen.

Gesundheit darf keine Frage des Geldes sein: Krankenhausnetz aufrechterhalten

Eine Privatisierungswelle und ein abgedrehter Geldhahn bringen vor allem kleinere Krankenhäuser an den Rand der Existenz. Die Landeszuweisungen für Investitionstätigkeiten sanken von etwa 180 Mio. Euro im Jahr 2005 auf nur noch 48 Mio. Euro im Jahr 2019 – irgendwo musste schließlich das Geld für Bankenrettungen, Gleichstellungsmaßnahmen, Asyl und Integration herkommen. Die AfD beantragte dazu eine Debatte im Landtag und einen konkreten Maßnahmenkatalog zum Schutze der Krankenhäuser. „Wir wollen eine bessere Finanzausstattung vom Land, die Sicherheit, dass keine Stationen und Häuser in Zukunft schließen werden, eine medizinische Spitzenversorgung für jeden von uns sowie eine Rekommunalisierung von privaten Krankenhäusern, denen der Profit über die Qualität der Versorgung vor Ort geht“, erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Ulrich Siegmund.



Foto: Shutterstock.com



Grafik: AfD-Fraktion



Foto: Shutterstock.com

Arbeitsbedingungen in der Pflege optimieren!

Immer weniger Personal muss eine zunehmend größere Anzahl an zu Pflegenden betreuen. Die AfD-Fraktion fordert Gegenmaßnahmen, um das Berufsbild des Pflegers attraktiver zu gestalten und somit mehr Menschen für diese Tätigkeit zu begeistern. Als Teil der Pflegeoffensive beantragte die AfD im Juni 2019 ein Aktionspaket zur qualitativen und quantitativen Sicherstellung der Gesundheits-, Kranken- und Altenpflege.

CO₂-Steuer: Einstieg in den ideologiebetriebenen Wohlstandsabbau

Foto: AfD-Fraktion



Robert Farle, Parlamentarischer Geschäftsführer sowie Sprecher für Finanzen der AfD-Fraktion

Unter dem Deckmantel des sogenannten Klimaschutzes schnürte die Bundesregierung im September auf dem Höhepunkt der „Fridays-for-Future“-Demonstrationen das sogenannte Klimamaßnahmenpaket, dessen Kernelement die Einführung einer sich jährlich erhöhenden CO₂-Steuer ist. Der Preis pro Tonne CO₂ beginnt 2021 mit 10 Euro und steigt bis 2026 auf bis zu 60 Euro pro Tonne. Im Ergebnis wird die CO₂-Besteuerung in allen Wirtschaftssektoren durchschlagen und überall zu höheren Preisen für den Endverbraucher führen.

Wer steckt hinter dem Geschäft mit der Angst?

Die Initiative „Investor Agenda“ fordert die Politik in einem Appell dazu auf, den CO₂-Preis drastisch zu erhöhen und jedes Jahr 830 Milliarden Dollar für die Bekämpfung des Klimawandels bereitzustellen. Diese Initiative besteht aus 515 institutionellen Investoren, die ein Vermögen von insgesamt 35 Billionen Dollar verwalten. Darunter zahlreiche Hedgefonds, Beraterfirmen und Versicherungsgesellschaften. In Zeiten von Niedrigzinsen und weltweiter Konjunkturlaute suchen diese internationalen Investoren verzweifelt nach profitträchtigen Kapitalanlagen. Im Klimawandel sehen sie das große Geschäft. Die Politik soll den Großinvestoren per Gesetz die Rendite sichern. Per Einspeisevergütung und ähnlichem planwirtschaftlichen Unsinn wird der Bürger abgezockt. Der Bürger soll auf Wohlstand verzichten, damit der Wohlstand für einige wenige weiter in den Himmel wächst. Klimawandel und Energiewandel sind unterm Strich nichts anderes als eine gigantische Umverteilung von unten nach oben.

Im Vorfeld des Maßnahmenpakets tingelten Altparteien-Politiker monatelang durch sämtliche Talkshows der Republik und überboten sich mit Vorschlägen, wie die CO₂-Steuer an sozialsten ausgestaltet werden könne – Stichwort Klimaprämie. Was kam am Ende dabei heraus? Statt einer Klimaprämie für Geringverdiener gibt es eine geringfügige Pendlerpauschalen-Erhöhung für Vielfahrer und Subventionsgeschenke für die Erneuerbare-Energien-Branche. Im Klartext: Hohe Belastungen stehen geringen Entlastungen gegenüber. Das kommt wenig überraschend, denn die jüngste Steuerschätzung offenbarte für die kommenden Jahre eine Finanzierungslücke der öffentlichen Haushalte im dreistelligen Milliardenbereich.

Die Bundesregierung stützt ihr Maßnahmenpaket bekanntlich auf die steile These des CO₂-Treibhauseffektes. Der wissenschaftliche Beweis für diese Theorie konnte in den vergangenen 30 Jahren nicht erbracht werden. Auch gibt es zahlreiche wissenschaftliche Experimente, die gegen die These des CO₂-Treibhaus-Effekts sprechen. Dass 97 Prozent aller Wissenschaftler die offizielle Version des menschengemachten Klimawandels teilen, ist schlicht gelogen.

Schon allein die Tatsache, dass das lebensnotwendige CO₂ zum Killergas erklärt wird, entlarvt die Klimahysterie als geniale Propaganda zur restlosen Schröpfung der Bevölkerung, der heute schon aufgrund der massiven Steuer- und Abgabenlast kaum mehr Luft zum Atmen bleibt. Aktuell zahlt ein Autofahrer an der Tankstelle für einen Liter Benzin etwa 1,40 Euro, wovon 90 Cent an den Staat fallen. Beim Strom macht der politisch-ideologische Kostenblock aus Steuern, Abgaben, Umlagen und den bisher wenig beachteten Netzentgelten rund 75 Prozent des Strompreises aus!

+++ Klima-Fakten +++

CO₂-Anteil in der Luft: 0,038 %

– davon sind 3 % der CO₂-Emissionen menschengemacht

– der Anteil Deutschlands am menschengemachten CO₂-Ausstoß beträgt 2,26 %

Fazit:

Deutschland beeinflusst den CO₂-Anteil in der Atmosphäre mit 0,000025764 %.

Selbst wenn wir unsere CO₂-Emissionen auf null herunterfahren, beeinflussen wir als Deutsche unter Verwendung der offiziellen Formeln des IPCC-Weltklimarats die zukünftige Welttemperatur lediglich um maximal 0,000653 Grad Celsius! Nach einem Gutachten im Auftrag der Bundesregierung kostet uns diese Energiewende bis 2050 insgesamt **4,6 Billionen Euro**.



Foto: AfD-Fraktion

Matthias Büttner, Abgeordneter sowie Sprecher für Landesentwicklung und Verkehr der AfD-Fraktion

Bezahlbaren Wohnraum schaffen durch Senkung der Baukosten!

Immer mehr deutsche Bürger finden aufgrund steigender Mieten keine bezahlbare Wohnung. Die AfD-Fraktion beantragte deshalb eine Überarbeitung der technischen Regeln für die Planung und Bemessung von Bauwerken hinsichtlich der Kosten-Nutzen-Effizienz. Matthias Büttner, Sprecher für Landesentwicklung und Verkehr der AfD-Fraktion, erklärte dazu: „Die Verwissenschaftlichung der Baunormen gilt es einzudämmen. Heutzutage benötigt ein Bauherr bis zu 20 Sachverständige, um sein Bauobjekt zu realisieren. Im Jahr 2000 reichte noch die Expertise von acht beteiligten Ingenieuren und Architekten. Um wirklichen sozialen Wohnungsbau zu betreiben, ist eine Entschlackung der Bauvorschriften und Verfahrensweisen dringend geboten.“ Trotz des angezeigten Handlungsbedarfs konnte der AfD-Antrag bei den übrigen im Landtag vertretenen Parteien jedoch keine Mehrheit finden.

Foto: Shutterstock.com



Foto: AfD-Fraktion

Jan Wenzel Schmidt, Abgeordneter sowie Sprecher für Familien- und Jugendpolitik der AfD-Fraktion

Verdächtige Machenschaften bei Lotto-Toto: AfD-Fraktion setzt Untersuchungsausschuss durch

Die AfD-Fraktion hat einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der skandalösen Vorgänge rund um die Lotto-Toto GmbH Sachsen-Anhalt ins Leben gerufen. Im Fokus steht die Geschäftsführerin Maren Sieb. Diese ist keine Unbekannte: Bereits 2011 sorgte die ehemalige Radio-SAW-Moderatorin für einen Skandal. Damals ging es um eine gekaufte Radiosendung und einen fälschlich erhaltenen Radiopreis.

Heute steht der Verdacht der Vetternwirtschaft im Raum. Kurz nach dem Wechsel Siebs zu Lotto-Toto bekamen auch einige ihrer früheren Kollegen tolle Jobs bei der landeseigenen Lottogesellschaft. Aber dabei blieb es nicht. Ein Magdeburger Bezirksleiter bekam nach 19-jähriger Zusammenarbeit keine Vertragsverlängerung mehr – stattdessen bekam eine ehemalige Radio-SAW-Kollegin den Posten zugeschoben. Qualifikationen sind nichts – gute Beziehungen sind alles. Das scheint das Motto in der Personalabteilung unter der Leitung Maren Siebs von Lotto-Toto zu sein.

Wen überrascht da noch die Erhöhung von Maren Siebs Jahresgehalt auf rund 200.000 (!) Euro. Das ist Geld, das bei Vereinen und Verkaufsstellen fehlt. Dass der Landesrechnungshof dies für unzulässig hält – egal. Der AfD-Abgeordnete Jan Wenzel Schmidt spielt dabei jedenfalls nicht mehr mit. Er brachte den Stein ins Rollen, der nun in Form des Untersuchungsausschusses Fahrt aufnimmt, um der Selbstbedienungsmentalität bei Lotto-Toto ein Ende zu setzen.

„NEIN“ zum völkerrechtswidrigen türkischen Angriffskrieg

Die AfD-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des Erdoğan-Regimes in Nordsyrien scharf zu verurteilen und sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass keine deutschen Truppen in völkerrechtswidrige Kampfhandlungen in Syrien verwickelt werden. Außerdem sollen nicht nur zukünftige Waffenlieferungen an die Türkei verboten, sondern auch der Stopp bereits vertraglich vereinbarter Waffenlieferungen geprüft werden.

Zusätzlich dazu forderte der zweite stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende und Sprecher für Bundes- und Europaangelegenheiten, Tobias Rausch, in seiner Rede im Landtag: „Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei müssen nun endlich abgebrochen werden. Außerdem muss die NATO-Mitgliedschaft der Türkei kritisch geprüft werden. Moscheen in Deutschland, die der türkischen Religionsbehörde DITIB unterstehen und in denen zum Krieg gegen die Kurden in Syrien aufgerufen wird, müssen staatlich beobachtet werden und Anhänger des Erdoğan-Regimes sollten Deutschland verlassen und in ihre Heimat zurückkehren.“



Foto: AfD-Fraktion

Tobias Rausch,
2. stellv. Vorsitzender und Sprecher für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medienpolitik der AfD-Fraktion

36 Milliarden Euro:

EU finanziert

Klimawahn aus

IHRER Tasche!

Gesamthaushalt
145 Mrd. Euro

Klimaschutz
36 Mrd. Euro

Grafik: AfD-Fraktion

Am 11. September befasste sich der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien in seiner auswärtigen Sitzung mit dem Programm des finnischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union. Als eines der zentralen Schwerpunktthemen der Europapolitik sieht Finnland den Kampf gegen den Klimawandel an und fordert in seinem Programm eine Anhebung des Anteils klimapolitischer Maßnahmen auf 25 Prozent des EU-Haushaltes. Bei einem Gesamthaushalt von rund 145 Mrd. Euro wären das rund 36 Mrd. Euro allein für den Klimaschutz!

Da Deutschland der größte Nettozahler der EU ist, würden auch hier die deutschen Steuerzahler die finanzielle Hauptlast des kopflosen Klimaaktivismus tragen.

Der AfD-Sprecher für Bundes- und Europaangelegenheiten, Tobias Rausch, sieht in diesem radikalen Klimawahn mit seinen ausufernden Vorschriften und der zunehmenden Gängelung und Bevormundung der Bürger eine Gefährdung der Freiheit und des hart erarbeiteten Wohlstandes des deutschen Volkes. [Als AfD setze man sich für eine Umweltpolitik mit Verstand ein, die nicht zu Lasten der Bürger gehe.](#)



Oliver Kirchner
39124 Magdeburg,
Schöppensteg 15
Tel.: 01523 8275405
E-Mail: oliver.kirchner@
afdfraktion-lsa.de



Ulrich Siegmund
39576 Stendal,
Schadewachten 40
Tel.: 0152 04014860
E-Mail: ulrich.siegmund@
afdfraktion-lsa.de



Tobias Rausch
39240 Calbe/Saale,
Bernburger Str. 80
Tel.: 01523 8275404
E-Mail: tobias.rausch@
afdfraktion-lsa.de



Mario Lehmann
06484 Quedlinburg,
Steinweg 23
Tel.: 03946 5273913
E-Mail: wahlkreis.qlb@
afdfraktion-lsa.de



Robert Farle
06317 Seegebiet Mansfelder Land,
OT Seeburg,
Walter-Schneider-Straße 6
Tel.: 034774 799739
E-Mail: robert.farle@gmx.de



Willi Mittelstädt
06217 Merseburg, Steinstraße 6
Tel.: 0178 7212958
E-Mail:
afd.wahlkreisbuero@web.de



Matthias Büttner
39418 Staßfurt,
Hohlweg 8
Tel.: 03925 3058795
E-Mail:
buero-sft@gmx.de



Hagen Kohl
39104 Magdeburg,
Schönebecker Str. 11-13
Tel.: 0391 40598677
E-Mail: hagen.kohl@
afdfraktion-lsa.de



Dr. Hans-Thomas Tillschneider
06231 Bad Dürrenberg,
Promenade 11a
Tel.: 01575 2490840
E-Mail: h-t.tillschneider@
afdfraktion-lsa.de



Matthias Lieschke
06901 Kemberg,
Anhalter Str. 16
Tel.: 03492 1749999
E-Mail: info@matthias-
lieschke.de



Andreas Gehlmann
06526 Sangerhausen,
Friedrich-Schmidt-Str. 2
Tel.: 03464 2778142
E-Mail: afd-buerger-buero-
sgh@web.de



Jan Wenzel Schmidt
39164 Wanzleben,
Rudolf-Breitscheidstr. 13
Tel.: 0157 30919521
E-Mail: jan.schmidt@
afdfraktion-lsa.de



Lydia Funke
06618 Naumburg (Saale),
Markt 14
Tel.: 03445 7111842
E-Mail: buero@lydia-funke.de



Hannes Loth
06366 Köthen (Anhalt),
Hallesche Straße 61
Tel.: 03496 4051253
E-Mail: afd.koethen@
gmx.de



Alexander Raue
06126 Halle (Saale),
Zscherbener Straße 17
Tel.: 0345 68672786
E-Mail: bueromdlhalle@
gmx.de



Daniel Rausch
06449 Aschersleben,
Hecklinger Straße 1
Tel.: 0176 20466580
E-Mail: daniel.rausch@
afdfraktion-lsa.de



Thomas Höse
06886 Wittenberg,
Rooseveltstraße 62
Tel.: 03491 8748321
E-Mail: post@wittenberg-
im-landtag.de



Volker Olenicak
06749 Bitterfeld, Walter-
Rathenau-Str. 62
Tel.: 03493 3397850
E-Mail: volker.olenicak@
afdfraktion-lsa.de



Daniel Roi
06766 Wolfen,
Leipziger Straße 62
Tel.: 03494 3896376
E-Mail: daniel.roi@
afdfraktion-lsa.de



Marcus Spiegelberg
06667 Weißenfels,
Langendorfer Str. 27
Tel.: 01523 4134485
E-Mail: marcus.spiegelberg@
afdfraktion-lsa.de



Daniel Wald
06217 Merseburg,
Bahnhofstr. 15
Tel.: 0157 73250282
E-Mail: daniel.wald@
afdfraktion-lsa.de



Herausgeber: AfD-Fraktion im Landtag | Sachsen-Anhalt | Domplatz 6-9
39104 Magdeburg | Diese Druckerzeugnisse dienen nur zum Zwecke der
Verwendung durch die AfD-Fraktion.
Satz und Layout: AfD-Fraktion | **Ausgabe:** November 2019
Druck: DruckHaus RIECK | Haldensleben GmbH | J.-G.-Nathusius-Straße 5
D-39340 Haldensleben
Verantwortlicher im Sinne des Presserechts: Fraktionsgeschäftsführer
Ronny Kumpf



Foto: AfD-Fraktion

Daniel Wald,
Abgeordneter der AfD-Fraktion

Kenia-Koalition versagt bei Haushaltsplanentwurf auf ganzer Linie

Zu Beginn der Haushaltsberatungen zur Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/2021 hat sich Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) gehörig blamiert. Kaum hatte Haseloff seinen Etatentwurf der Presse als „ausgewogenes Paket“ präsentiert, wurde der Entwurf von den Abgeordneten sämtlicher Fraktionen in der Luft zerrissen. „Und das völlig zu Recht!“, sagt Daniel Wald (AfD), Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses. Denn das Ministerkabinett der Kenia-Koalition plante allen Ernstes in Zeiten von Rekordeinnahmen und Niedrigzinsen Steuererhöhungen und die fast vollständige Plünderung aller Reserven, die eigentlich als Notgroschen für schlechte Zeiten dienen sollen.

Azubi-Ticket endlich auf den Weg bringen!

Das Handwerk in Sachsen-Anhalt leidet unter erheblichem Nachwuchsmangel. Ein AfD-Antrag forderte daher im Mai 2019 ein Azubi-Probeticket für alle Verkehrsverbünde und Nahverkehrszüge in Sachsen-Anhalt, um Auszubildende, die weite Strecken zu ihren Betrieben haben, finanziell zu entlasten und ihre Abwanderung zu verhindern. Der AfD-Abgeordnete Matthias Lieschke konstatierte hinsichtlich der Ablehnung des Antrags im Landtag: „Es ist der übliche Vorgang: Wir bringen

einen Antrag ein, dieser wird von den Altparteien abgeschmettert und wenig später als eigene Initiative in Umlauf gebracht. Jetzt vereinnahmt die SPD-Fraktion unser Anliegen für sich, obwohl sie kurz zuvor höchstselbst die zeitnahe Erprobung des Tickets ab dem 1. August 2019 verhindert hat.“

Matthias Lieschke, Abgeordneter und Sprecher für Digitalisierung der AfD-Landtagsfraktion



Foto: AfD-Fraktion



Foto: AfD-Fraktion

Daniel Rausch, AfD-MdL Sachsen-Anhalt, spricht zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Seniorenarbeit unterstützen – Landesseniorenbeauftragten einsetzen“.



Foto: Shutterstock.com

Grundsteuerreform: Steuergerechtigkeit, gleichwertige Lebensverhältnisse und kommunale Selbstverwaltung statt Steuerwettbewerb

Nachdem die Grundsteuer vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt wurde, haben die Vertreter der GroKo immer wieder versichert, dass die Reform zu keiner Steuererhöhung führen sollte. Das traurige, aber erwartbare Ergebnis ist nun: Mit dem neuen Modell zahlen Mieter und Eigenheimbesitzer im Schnitt 70 Prozent mehr! Außerdem: Verfassungsrechtler gehen davon aus, dass die neue Grundsteuer nach einigen Jahren ebenfalls wieder vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt werden wird.

Untersuchungsausschuss Linksextremismus: „Wir werden uns vor dem Landesverfassungsgericht Gehör verschaffen!“



Daniel Roi, Abgeordneter sowie Sprecher für Kommunalpolitik der AfD-Fraktion

Foto: AfD-Fraktion

„Ein Untersuchungsausschuss zum Thema Linksextremismus ist bitter nötig“, erklärt Daniel Roi, der als AfD-Abgeordneter federführend mit dem Entwurf des Antrags betraut war. „Schließlich haben selbst Teile der etablierten Politik keine Berührungängste gegenüber Organisationen oder Personen der linksextremen Szene.“ Ein Beispiel, so Roi, stellten die Ministerinnen Petra Grimm-Benne (SPD) und Claudia Dalbert (GRÜNE) dar, die sich nicht zu schade seien, gemeinsame Demonstrationen mit der vom Verfassungsschutz beobachteten „Interventionistischen Linken“ zu unterzeichnen.

Obwohl der Linksextremismus ein ernstzunehmendes Problem in Sachsen-Anhalt darstellt, waren die übrigen im Landtag vertretenen Fraktionen nicht bereit, sich dem Antrag anzuschließen – mit dem Ergebnis, dass der Untersuchungsausschuss nicht eingesetzt wurde. Experten wie der renommierte Staatsrechtler Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider erkennen hierin ein rechtswidriges Verhalten: Laut Geschäftsordnung der Landesverfassung hätten die Abgeordneten des Landtages die Pflicht gehabt, diesem Antrag zuzustimmen.

Untersuchungsausschüsse gehören zu den schärfsten Waffen im parlamentarischen Arsenal – mit dem Recht, Zeugen vorzuladen und zu vernehmen. Die Mitglieder der AfD-Fraktion haben am 5. Juni 2019 den Antrag gestellt, einen solchen Ausschuss zur Untersuchung linksextremer Strukturen in Sachsen-Anhalt einzusetzen.

„Wir werden uns vor dem Landesverfassungsgericht Gehör verschaffen und dafür sorgen, dass der Untersuchungsausschuss doch noch zustande kommt“, sagt Daniel Roi. „Ich freue mich sehr, dass sich Professor Schachtschneider dazu bereit erklärt hat, unsere Sache vor dem höchsten Gericht in Sachsen-Anhalt zu vertreten.“

Linksautonome Gruppen auf dem G20-Gipfel in Hamburg



Foto: medien.metropolico.org

AfD-Fraktion verteidigt Friseurhandwerk gegen Barbieri

Im Landtag thematisierte die AfD-Fraktion die teilweise unlautere Konkurrenz, die dem klassischen Friseurhandwerk durch Barbiershops entstanden ist. Immer öfter werden dort illegale Friseurleistungen zu Dumpingpreisen angeboten. Dies ist aufgrund verschiedener Ausnahmegenehmigungen möglich,



Foto: pixabay.com

die an Auflagen geknüpft sind. Recherchen haben ergeben, dass diese Auflagen und Verbote häufig missachtet und deren Einhaltung nur selten überprüft werden. Auch Ordnungsgelder erzielen offensichtlich keine abschreckende Wirkung.

Die AfD-Fraktion fordert daher, Ausnahmegenehmigungen für Barbierbetriebe nicht mehr zu gewähren und eine Meisterpflicht für deren Betrieb einzuführen. „Zudem soll zukünftig klar geregelt werden, wie Barbierbetriebe entsprechend der Handwerksordnung klassifiziert werden, um unterschiedliche Einstufungen durch die Handwerkskammern zu beenden. Auch die Einhaltung des Mindestlohns muss nachhaltig kontrolliert werden, da sich durch Verstöße erhebliche Wettbewerbsverzerrungen zu einheimischen Friseurbetrieben ergeben“, sagte der AfD-Landtagsabgeordnete Alexander Raue.



Foto: AfD-Fraktion

Alexander Raue, Abgeordneter sowie Sprecher für Wirtschaftspolitik der AfD-Fraktion



Foto: AfD-Fraktion

Hannes Loth, Abgeordneter sowie Sprecher für Landwirtschaft, Forsten und Ernährung der AfD-Fraktion

Wasserentnahme gerecht und zukunftsfähig gestalten!

Auf Land-, Forst- und Wasserwirtschaft kommen aufgrund der aufeinanderfolgenden Trockenperioden völlig neue Herausforderungen zu. Mit einem Antrag wollte die AfD-Fraktion daher eine zentrale Frage klären: Wer darf zukünftig wann und in welchem Umfang auf die Wasservorräte des Landes zugreifen? Die Stellungnahme von Landwirtschaftsministerin Dalbert hatte wie so oft denselben Tenor: Es werde alles Nötige getan und es gebe keine Probleme; über das Thema wolle man nicht mehr diskutieren – man habe schließlich ein tolles Klimaanpassungskonzept, das alles löse.

Der AfD-Abgeordnete Hannes Loth hat dazu eine andere Meinung: „Eine Ministerin, die derart unkonstruktiv auf von den Verbänden thematisierte Probleme reagiert, auf die Faktenlage nicht eingeht und jeglichen Dialog verweigert, führt zwangsläufig in eine größere Katastrophe als bisher von der Trockenheit verursacht. Egal, um welches Thema es sich handelt, grundsätzlich zeigt sich Ministerin Dalbert beratungsresistent, sieht entweder keinen Handlungsbedarf oder greift eigenwillige Varianten auf, um vermeintliche Kompetenz vorzuweisen.“

Wir meinen, diese Ministerin ist völlig fehl am Platz!“



Gesundheitsgefahr durch Giftmülldeponie Bruchau: AfD-Fraktion beauftragte Prüflabor

Seit 2017 forderte die AfD-Fraktion im Landtag bereits dreimal die vollständige Sanierung und Renaturierung der Giftmüllgrube Bruchau und fand bei der Landesregierung kein Gehör für die Sorgen der Anwohner. Nach Initiative des Arbeitskreises „Umwelt“ mit den AfD-Abgeordneten Hannes Loth, Lydia Funke, Willi Mittelstädt, Andreas Gehlmann und Volker Olenicak beauftragte die AfD-Fraktion – auf eigene Kosten – ein akkreditiertes Prüflabor, um Wasserproben aus 13 Hausbrunnen in Bruchau, Kakerbeck und Neuendorf zu entnehmen und zu untersuchen. Die Prüfberichte waren eindeutig: Es gab z. T. signifikante Grenzwertüberschreitungen bei Kupfer, Arsen, PAK, AOX, Chlorid und Metazachlorsäure.

Im Juni 2019 folgte deshalb der vierte AfD-Antrag zur Beseitigung der Deponie. Die Landesregierung blieb trotz allem bei ihrer skandalösen Verzögerungstaktik. Lydia Funke, umweltpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, stellte dazu klar: „Die vom Ministerpräsidenten getätigte Aussage, es ginge nicht um die Geldmittel für die Sanierung, ist längst nicht haltbar. Der

dafür einzusetzende Altlastenfonds (ALF) ist über verschiedene Landesfonds verteilt, die wiederum in diversen europäischen Aktien, Unternehmen von Schwellenländern, Staatsanleihen und in Anleihen in globalen Fremdwährungen angelegt sind. Allerdings sprudeln hier längst nicht mehr die Zinsen. Somit verringert sich der ALF nun schneller als gedacht. Jede vollständige Sanierung einer Deponie reduziert den Altlastenfonds nachhaltig und stellt letztlich das Sanierungskonzept für alle bisher bekannten Altlastenstandorte des Landes in Frage.“ Darüber hinaus steht die Strategie der Landesbehörden, durch Verdünnung der Schadstoffe im Grundwasser und nachfolgende Grundwasserreinigung die DDR-Altdeponien zu sanieren, zunehmend in der Kritik. Die AfD-Fraktion beharrt indes auf einer schnelleren Lösung der Giftstoff-Problematik: „Wir werden von der Landesregierung weiterhin die vollständige Auskofferung der Brüchauer Deponie einfordern. Die Gesundheit der Bürger und der Schutz unserer Umwelt dürfen keinesfalls finanziellen Erwägungen geopfert werden“, zeigte sich Funke kämpferisch.

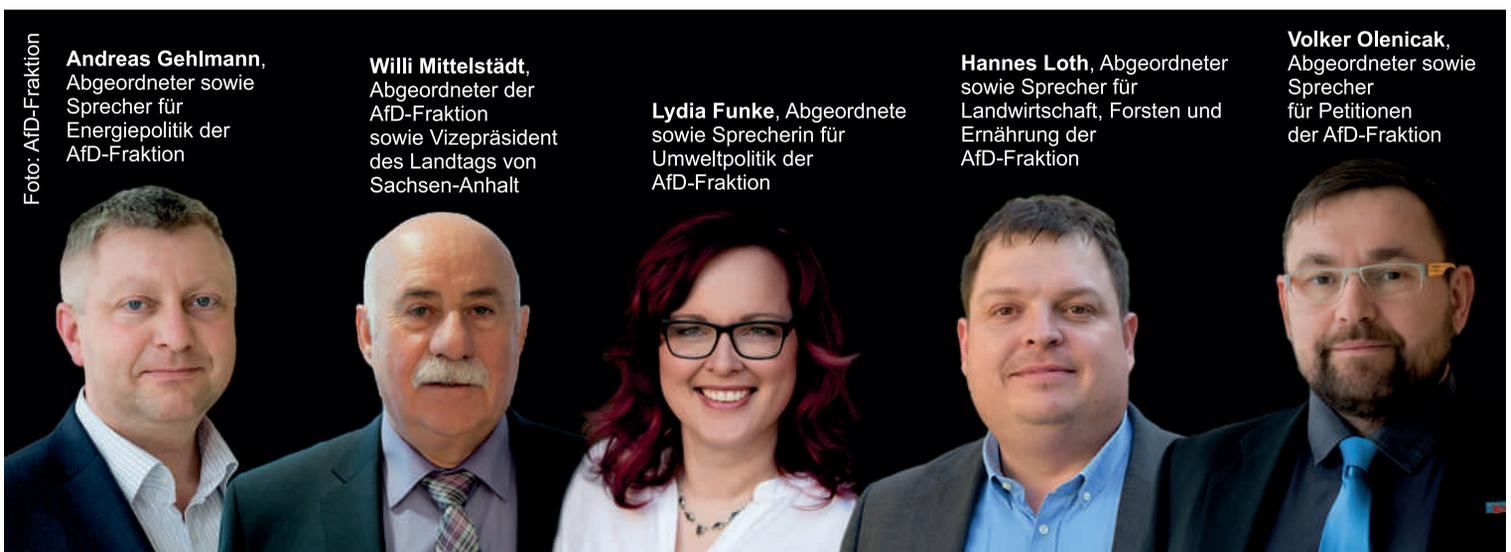


Foto: AfD-Fraktion

Andreas Gehlmann,
Abgeordneter sowie
Sprecher für
Energiepolitik der
AfD-Fraktion

Willi Mittelstädt,
Abgeordneter der
AfD-Fraktion
sowie Vizepräsident
des Landtags von
Sachsen-Anhalt

Lydia Funke, Abgeordnete
sowie Sprecherin für
Umweltpolitik der
AfD-Fraktion

Hannes Loth, Abgeordneter
sowie Sprecher für
Landwirtschaft, Forsten und
Ernährung der
AfD-Fraktion

Volker Olenicak,
Abgeordneter sowie
Sprecher
für Petitionen
der AfD-Fraktion



Thomas Höse,
Abgeordneter sowie Sprecher für
Sportpolitik der AfD-Fraktion

Gedenkveranstaltung für Marcus Hempel in Wittenberg

Anlässlich des zweiten Jahrestages des gewaltsamen Todes von Marcus Hempel durch einen syrischen Asylbewerber hat die AfD-Fraktion in Wittenberg eine Kundgebung abgehalten. Als einzige politische Kraft, die sich um die Sorgen und Probleme der Bürger kümmert und die Interessen der Einheimischen verteidigt, erinnerte die AfD gemeinsam mit dem Vater des verstorbenen Marcus – wie schon im Jahr zuvor – an den unfassbaren Tod des jungen Wittenbergers. Bei der Kundgebung am 29. September 2019 sprachen u. a. die AfD-Landtagsabgeord-

neten Thomas Höse und Mario Lehmann sowie der Fraktionschef Oliver Kirchner. Danach folgte ein Trauermarsch, welcher die Teilnehmer zu jenem Ort führte, an dem Marcus Hempel vor zwei Jahren mehreren brutalen Faustschlägen eines Asylbewerbers aus Syrien zum Opfer fiel.

Die Gedenkveranstaltung fand dabei trotz nasskalten Regenwetters regen Zulauf. Besonders hervorzuheben waren die zahlreichen Menschen, welche einen langen Anfahrtsweg auf sich genommen hatten, um an eines der zahlreichen ver-

gessenen Opfer der Merkelschen Zuwanderungspolitik zu erinnern. Derweil ist der Prozess gegen den Täter erneut verschoben worden. Da das Gericht plötzlich die Zweifel der AfD an der Altersangabe des zur Tatzeit angeblich 17-jährigen Syrers übernommen hat, soll jetzt eine Altersfeststellung Klarheit schaffen. Der Täter bleibt bis dahin auf freiem Fuß. Die AfD-Fraktion wird gewiss auch weiterhin mit allen legitimen inner- und außerparlamentarischen Mitteln für eine lückenlose Aufklärung und eine gerechte Strafe im Fall Hempel kämpfen.



Marcus Spiegelberg,
Abgeordneter der
AfD-Fraktion

AfD-Gesetzentwurf: Deutsch in die Landesverfassung!

Im September legte die AfD-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung vor – mit dem Ziel, die deutsche Sprache als Landessprache festzuschreiben.

„Anders als etwa in Österreich ist Deutsch hierzulande zwar offizielle Amtssprache, nicht aber verfassungsrechtlich als Landessprache verankert“, erklärt Marcus Spiegelberg, AfD-Abgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Bildung u. Kultur. Die von der AfD geforderte Festschreibung sei nicht als bloßer symbolischer Akt zu verstehen, sondern würde beispielsweise auch die Fördermittelvergabe an Vereine erleichtern, die sich dem Schutz der Sprache verschrieben haben.

„Dass unser Gesetzentwurf von allen anderen Parteien blockiert wurde, macht deutlich, dass es links der AfD keinen Platz mehr für konservative Ideen gibt“, so Spiegelberg.

„EINZELFALL-BERICHT“

Sachsen-Anhalt – September 2019

-  **01.09. Magdeburg** – Nordafrikaner nötigt 76-Jährige sexuell
-  **03.09. Magdeburg** – Araber schlägt und tritt auf 52-jährigen Busfahrer ein
-  **13.09. Köthen** – Syrer randaliert und greift 15-Jährigen mit Metallstange an
-  **14.09. Eisleben** – Araber prügeln auf zwei Jugendliche ein
-  **15.09. Magdeburg** – Auseinandersetzung unter Pakistanis mit Eisenstange und „Stichwerkzeug“
-  **16.09. Halberstadt** – Westafrikaner belästigt 31-Jährige sexuell und greift Polizisten an
-  **20.09. Hettstedt** – Messerstecherei unter Syrern
-  **26.09. Hettstedt** – Somalier belästigt zwei junge Frauen sexuell und bewirft 23-Jährigen mit Bierflasche
-  **27.09. Aschersleben** – „Männliche Person mit Migrationshintergrund“ wirft 19-Jährigem eine Tischplatte an den Kopf
-  **28.09. Sangerhausen** – Syrer (17) und Ghanaer (21) verprügeln und berauben zwei Männer
-  **29.09.2019 Halle (Saale)** – Zwei dunkelhäutige Männer schlagen und berauben 25-Jährigen



Quelle:
www.afdfraktion-lsa.de



„EINZELFALL-BERICHT“

Sachsen-Anhalt – Oktober 2019

-  **02.10. Magdeburg** – Mann mit „südländischem Phänotyp“ versucht Frau zu vergewaltigen
-  **03.10. Magdeburg** – Drei Kinder und Jugendliche „südländischer Herkunft“ schlagen und berauben 33-Jährigen
-  **06.10. Halle (Saale)** – Fünf Personen mit Migrationshintergrund verprügeln junges Pärchen
-  **10.10. Magdeburg** – Mann aus Guinea-Bissau schlägt und belästigt 23-Jährige sexuell
-  **13.10. Magdeburg** – Drei Afrikaner überfallen 20-Jährigen
-  **14.10. Magdeburg** – Raub und Bedrohung durch zwei Syrern
-  **15.10. Wernigerode** – Versuchte Tötung durch Messerattacke eines Schwarzafrikaners
-  **17.10. Halberstadt** – 30 Asylbewerber randalieren in ZASt
-  **19.10. Magdeburg** – Araber schlagen und berauben Jugendlichen
-  **26.10. Halle (Saale)** – Afrikaner belästigt 15-17-jährige Mädchen sexuell und verprügelt 16-Jährige
-  **27.10. Magdeburg** – Polizisten von 22-jährigem Syrer angegriffen und verletzt
-  **29.10. Halberstadt** – Gambier spricht Morddrohungen aus und verletzt Wachmann durch Beißattacke
-  **30.10. Halberstadt** – Eritreer randaliert und tritt Wachmann ins Gesicht

Der Blaue Aufbruch liegt auch kostenlos bei Ihrem naheliegenden Bürgerbüro zum Mitnehmen bereit.

Ich möchte den Blauen Aufbruch per E-Mail im PDF-Datenformat zugesandt bekommen
E-Mail:

Bitte senden Sie mir Informationsmaterial zu
Name:

Anschrift:

Ich möchte den Newsletter per E-Mail zugesandt bekommen
E-Mail:

Kontakt:

AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg
Telefon: 0391 560 6001

 info@afdfraktion-lsa.de

 www.afdfraktion-lsa.de

 www.facebook.com/afdfraktion.lsa

 www.twitter.com/afdfraktionlsa

 https://www.instagram.com/afdfraktion_lsa/

TELEGRAM

afdfraktion-lsa.de/telegram/

